



Aldo Legnaro

Die Krise: Zwei oder drei Dinge, die ich von ihr weiß

Zwei oder drei Dinge die ich von ihr weiß ist der Titel eines Filmes von Jean-Luc Godard (*Deux ou trois choses que je sais d'elle*, 1966). Sie – das war bei Godard die Stadt Paris, in der man, so stellt es der Film dar, nur durch Prostitution überleben kann. Das ist vielleicht als heutige Zustandsbeschreibung ein wenig überzeichnet, wenngleich nicht ganz ohne Aktualität: So berichtet im Oktober 2011 die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall, dass in der Leiharbeitsbranche Arbeiterinnen zur Sicherung ihres Jobs gelegentlich Sexdienste einzusetzen genötigt sind (Siebenhüter 2011). Doch unabhängig von solchen – momentan doch eher vereinzelt – Erscheinungen hat man, je länger diese Krise dauert und je vielfältigere Formen sie annimmt, um so weniger den Eindruck, etwas von ihr zu wissen. Dass man solches Nicht-Wissen weitgehend mit der Politik teilt, ist nicht unbedingt beruhigend – die einzigen, die zu wissen scheinen, was ihre Interessen sind, sind die Akteure an den Finanzmärkten: möglichst hohe Renditen nämlich, worin sie sich allerdings von der Masse der Kleinanleger – eine keineswegs zu vernachlässigende Masse – überhaupt nicht unterscheiden. Im Gegensatz zu diesen wissen sie aber, wie man diese Interessen durchsetzt, und nicht zuletzt von diesem Machtgefälle zehrt die Krise.

Wie alles begann, ist hinlänglich bekannt. Im September 2008 wurden Lehman Brothers zahlungsunfähig, und wenngleich dies lediglich einen Auslöser für die darauf folgende Finanz- und Wirtschaftskrise bildete und keineswegs den tatsächlichen Grund, hatte dieses Ereignis doch eine erhebliche Signalfunktion. Viel früher beginnende und weit über diese Bank hinausreichende Entwicklungen des Finanzkapitals entfalteten von da an ihre krisenhaften und nahezu globalen Auswirkungen. Zwar ist die Krise nun keineswegs vorüber, sondern hat vor allem ihre Erscheinungsformen gewandelt: von der Immobilien- über die Banken- zur staatlichen Schuldenkrise, dies alles verkoppelt mit einer moral panic größten Ausmaßes unter den Anlegern. Doch lassen sich erste Bilanzen ziehen. Dabei soll es nicht um eine Rekonstruktion der Soziogenese gehen – dazu liegen bereits umfassende Darstellungen vor, etwa der Final Report of the National Commission

on the Causes of the Financial and Economic Crisis in the United States, den die Financial Crisis Inquiry Commission im Januar 2011 vorlegte (FCIC 2011).¹ Im Mittelpunkt steht hier vielmehr, was als die stabilisierende Funktion der Krise betrachtet werden könnte: Es ist gerade ihre Verarbeitung und Bewältigung, die soziale und ideologische Stabilisatoren einzieht und einem insgesamt fragilen System eine neue Balance verleiht. Das kündigt sich nicht zuletzt in der Art und Weise ihrer sprachlichen Darstellung und rhetorischen Verarbeitung an. Diese deuten darauf hin, dass hier mithilfe einer Pathologisierung wiederum ein Gleichgewichtszustand erzeugt werden soll, der, so die These, soziale Kontrolle von neuem systemisch verankert.

1. Zur Rhetorik der Krise

Liest man den Jahresbericht 2009/2010 der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)², dann fällt – in einem ansonsten durchaus trockenen, von ökonomischen Termini geprägten Text – die geballte Verwendung von Krankheitsvergleichen auf. So teilt der einleitende Jahresrückblick resümierend als Kapitelüberschrift mit: „Von der Notaufnahme auf die Intensivstation“ (BIZ 2010), und die Überschrift eines anderen Kapitels stellt fest, was nun notwendig sei: „Nach der Rettung: Intensivstation verlassen und Reformen abschließen“. Durch den gesamten Text ziehen sich dann Formulierungen, die die Krise mit einer Krankheit gleichsetzen, etwa so: „Bei Ausbruch der transatlantischen Finanzkrise vor knapp drei Jahren reagierten die öffentlichen Entscheidungsträger mit einer Notfallbehandlung und starken Medikamenten“ (ebd. 7), oder: „Ganz offen gesagt, drohen verbleibende Schwachstellen des Finanzsystems zusammen mit den Nebenwirkungen einer derart lange andauernden Intensivbehandlung einen Rückfall des Pa-

-
- 1 Diese Kommission wurde 2009 im Auftrag des US-Kongresses gebildet und bestand aus zehn sachverständigen Bürgern, sechs von den Demokraten (damals noch die Mehrheitsfraktion in beiden Häusern) und vier von den Republikanern ernannt. Der Final Report enthält einen Mehrheitsbericht (der demokratischen Kommissionsmitglieder) und zwei Minderheitsberichte (der republikanischen Kommissionsmitglieder). Diese drei Berichte setzen unterschiedliche Akzente, formen aber zusammen genommen ein recht präzises Bild, wobei sie sich allerdings auf die USA beschränken. Vgl. insgesamt auch Candeias und Rilling (2009); Kessler (2011); Kraemer und Nessel (2012).
 - 2 Die BIZ hat ihren Sitz in Basel und wurde 1930 zur Abwicklung der deutschen Reparationszahlungen gegründet. Sie ist als Aktiengesellschaft organisiert, deren Aktien zu 100 % von insgesamt 56 Zentralbanken gehalten werden.

tienten zu verursachen“ (ebd. 9). Des weiteren wird Krankheit als ein Vergleich herangezogen: „Jeder gute Arzt muss dem Grundsatz folgen, die Symptome einer Krankheit zu behandeln, ohne dabei ihre Ursachen außer Acht zu lassen. Was für Krankheiten gilt, gilt auch für eine Finanz- und Wirtschaftskrise“ (ebd. 11) In ganz ähnliche Formulierungen verfällt ebenfalls der Internationale Währungsfonds mit der Feststellung: „What began as a fairly contained deterioration in portions of the U.S. Subprime market has metastasized into severe dislocations in broader credit and funding markets“ (IMF 2008, S. 1).

Was bedeutet es nun, dass die Krise ausgebrochen ist (wie ein Vulkan), sich ein ganzes Wirtschaftssystem auf der Intensivstation befindet (wie ein Unfallopfer), ein Übel metastasiert und Reformen als ein Medikament erscheinen? Sicherlich ist das auch eine *façon de parler*, die das ökonomisch gänzlich Unerwartete fassbar machen und in den Horizont des Verstehbaren und vor allem des durch politisch-ökonomische Maßnahmen Behebbareren einbinden soll. Damit folgt die BIZ einem der beiden verbreiteten Erklärungsmuster,³ denn: „Zu den besonders häufigen Fehlermustern in Krisendiskursen gehört die Wahrnehmung der Welt als Organismus“ (Schulze 2011, S. 125). Doch darf man hinter Sprachfiguren, wie gewöhnlich und plausibel sie im Kontext sein mögen, immer auch eine rekonstruktive, die Kausalitäten benennende und die Gestalt des Ganzen charakterisierende Vorstellung vermuten, und das macht die Sprachfiguren der BIZ aufschlussreich. Der Begriff von Krankheit, wie er in den oben zitierten Formulierungen aufscheint, nutzt dabei Krankheit nicht als Metapher und unterscheidet sich damit von der sprachlichen Verwendung von Krankheiten in sozialem Kontext, wie sie Susan Sontag (1978) einmal analysiert hat: An keiner Stelle werden konkrete Krankheiten erwähnt. Es geht vielmehr sichtlich um eine Rhetorik der Krisenverarbeitung, die ökonomische Krisen als extreme Befindlichkeitsstörung in der Form von Kranksein auffasst. Warum nicht, ließe sich fragen; in den Sozialwissenschaften ist es zwar aus gutem Grund schon längst nicht mehr üblich, einen Gesellschaftskörper zu denken, denn eine organozistische Vorstellung verkennt die systemischen Eigenheiten des Sozialen, aber dieser Bericht ist ja von Ökonomen verfasst. Die seit 100 Jahren etablierte sozialwissenschaftliche Sichtweise, Kriminalität, Krankheit und alle anderen Formen von Abweichung als normal in dem Sinne zu betrachten, dass sie zur Funktionsfähigkeit eines Systems unab-

3 Neben der Sprachfigur der Krankheit stehen (vorzugsweise in den Medien) aber auch Metaphern kultureller Praxis, die die Krise als eine Folge menschlichen Handelns begreifen (vgl. zu beiden Figuren Peter 2011). Die damit verbundene Personalisierung und in der Regel auch Moralisierung ist allerdings völlig a-strukturell.

dingbar dazugehören und sogar entscheidend zu seiner Funktionalität beitragen können, ist den Ökonomen der BIZ sichtlich fremd. Indem sie Krise als Krankheit auffassen, verleihen sie ihr einen exterritorialen, außersystemischen Sinn, und selbst wenn man annimmt, dass besagte Krankheit eine interne Störung darstellen könnte, eine psychosomatische Erkrankung gewissermaßen, so bildet die Kennzeichnung als Krankheit doch etwas Fremdes und Nichtdazugehörendes ab. Diese Terminologie weist zugleich den Vorzug auf, dass sich bei Krankheiten eine konkrete Zurechnung von Kausalitäten auf Verursacher und Akteure schwerlich vornehmen lässt, und wie einst Wilhelm II. keine Parteien mehr kannte, als es ihm opportun erschien, so lassen sich hier keine Handelnden ausmachen, sondern lediglich Erkrankte und (allenfalls noch) Therapeuten – beide Rollen oft allerdings in denselben Personen vereint. Nach Verantwortung zu fragen, erübrigt sich somit, und wengleich diese Entpersonalisierung auch als ein Verweis auf systemische Interdependenzen und Handlungsimperative gelesen werden kann, so dürfte sie an dieser Stelle doch eher den Zweck haben, die Legitimität des jenseits der Krise angestrebten normalen Funktionierens nicht zu gefährden.

Insgesamt externalisiert die Kennzeichnung der Krise als Krankheit somit begrifflich die Ursachen, wengleich der Begriff ‚Infektion‘ nicht vorkommt (was auch die Frage nahelegte, von woher dieser Virus über das System hereingebrochen ist). Aber die Auffassung der Krise als Krankheit beinhaltet doch die Vorstellung, eine dem System externe Funktionsstörung sei aufgetreten, die ihre Wirkung zwar im System entfaltet, aber nicht originär dem System angehört. Krankheiten überfallen einen, ohne eigenes Wollen und Wissen, wengleich nicht immer ohne eigenes Zutun – und das ergibt tatsächlich einen Anknüpfungspunkt, denn die Jahresberichte der BIZ verschweigen ebenso wenig wie die Berichte des IMF die systemischen Ursachen der Krise. Aber sie fassen sie als eine Entwicklung auf, die sich zwar im System vollzieht, ihm aber nicht als ein integrierter Bestandteil angehört – Krise erscheint als Abweichung, die sich auf Notaufnahmen und Intensivstationen behandeln lässt, nicht aber als systemimmanente Normalität eines global angelegten, durch Prozesse der Finanzialisierung gekennzeichneten Wirtschaftens. Die Naturalisierung der Begrifflichkeit, wie die Chiffre ‚Krankheit‘ sie leistet, liefert damit paradoxerweise gerade durch die damit verbundene Etikettierung als Abweichung die Elemente einer Normalisierungsstrategie. Sie kennzeichnet die Krise als eine außergewöhnliche Störung, die die Funktionsfähigkeit des Systems nur temporär und seine Legitimität gar nicht berührt, und es ist eben der naturalisierende Begriff ‚Krankheit‘, der dazu dient, die Krise als etwas dem System quasi Unnatürliches zu definieren, das ihm nicht immanent ist und seine ‚ökonomische Gesundheit‘ nur vorübergehend gefährdet. Dem Patienten ist lediglich Ver-

trauen in die Ärzte angeraten, und zudem muss er die verschriebenen Tropfen schlucken und ein wenig Geduld aufbringen, dann wird alles wieder gut werden.

Diese Bilder wählen somit einen spezifischen Bedeutungshorizont aus, in dem sich soziale Kontrolle in zweierlei Hinsicht verwirklicht. Einmal lässt der Charakter des Geschehens, wie er hier definiert ist, den ‚Geist des Kapitalismus‘ absichtsvoll unberührt, und dadurch erscheint die Vermutung, in der Krise könne sich eine gewissermaßen überschüssige Normalität verbergen, von vorneherein als irrelevant – das ließe sich als eine mentale soziale Kontrolle kennzeichnen, in der die systemische Alternativlosigkeit bekräftigt wird. Zum anderen binden die Unternehmungen der Krisenbewältigung materielle Ressourcen in solchem Ausmaß, dass auch die Gesundheit nach der Krankheit wie eine Krankheit anmuten könnte, vor allem wegen der Folgen, die überschuldete Staatshaushalte gerade für ärmere Bevölkerungsschichten mit sich bringen. Schon dies deutet an, dass die Fragilität des gesamten Systems und die Kosten der Stabilisierung einerseits und die prekären Verhältnisse vieler Individuen andererseits in einem engen Zusammenhang stehen.

Dabei entspricht die Zuschreibung als Krankheit aus den Analyseabteilungen einer Bank, die für das allgemeine Publikum zwar eher im Verborgenen wirkt, als Bank der Zentralbanken aber eine höchst gewichtige Stellung einnimmt, geradezu spiegelbildlich dem Bild von ‚strukturierter Verantwortungslosigkeit‘,⁴ wie es die betroffene Bankenwelt selbst bietet. Die Rationalisierungen, die hier entschuldigend oder erklärend angeboten werden, erinnern auf fatale Weise an jene Techniken der Neutralisierung, wie sie Sykes und Matza (1957) vor langer Zeit als Verarbeitungsform bei delinquenten Jugendlichen beschrieben haben – das eigene Handeln weist demgemäß keinerlei Besonderheiten auf, da alle gierig und demzufolge auch alle an der Krise schuld sind, oder Verantwortung wird an andere – nicht ungerne an ‚den Markt‘ als die am wenigsten fassbare Instanz – delegiert (Honegger, Neckel und Magnin 2010, S. 305 f.). So sind alle Opfer entweder einer universalisierten Naturkonstante oder einer unfehlbaren Gottheit, was zugleich die verbreitete Konzeption des Marktes als eines Lebewesens sui generis spiegelt (Laube 2012). Das etabliert Selbstverständlichkeiten, die die Krise unverhofft vom Himmel fallen und keineswegs als Ergebnis eigenen Handelns oder eines systematischen Zusammenhangs erscheinen lassen. Als Rationalisierung erfüllen solche Zuschreibungen sicherlich ihren subjektiven Zweck, und wenn die BIZ die Krankheits-Metapher verwendet, so

4 So der Titel eines Bandes von Honegger, Neckel und Magnin (2010), die eben dies als Resümee einer Vielzahl von Interviews in der Bankenwelt formulieren.

konstruiert sie einen sehr ähnlichen Bedeutungszusammenhang, der jegliche systemische Problematik effektiv ausblendet. Sie vermeidet dabei allerdings alles, was nach Ausrede klingen könnte, und kleidet ihre Sicht in ein Bild, das nahezu die Würde einer Allegorie gewinnt.

2. Zur Verarbeitung der Krise

Denn, daran lässt die BIZ keinen Zweifel, diese Krankheit ist höchst ernsthaft, und wenngleich der Tod des Patienten nicht zu befürchten steht, sind doch radikale Therapien angesagt. Dies um so eher, als Ökonomie im Verlauf dieser Krankheit endgültig sekuritisert wird, also als ein die Sicherheit gefährdendes Problem und als kritischer Bestandteil des internationalen Sicherheitssystems wahrgenommen wird. Bekanntlich lässt sich jegliches Thema als ein Sicherheitsproblem codieren (‘securitization’, vgl. Buzan et al. 1998), und die Bedeutung der Ökonomie als eine Frage der (sozialen und politischen) Sicherheit ist an sich nichts völlig Neues, doch gewinnt dieser Zusammenhang jetzt erstmals globale Sichtbarkeit und die Aufmerksamkeit des allgemeinen Publikums. Noch die Krise der New Economy schien eher ein begrenzter Schadensfall, bei dem sich zwar viele kleine Aktionäre ihre Wunden leckten, der insgesamt jedoch keine wesentlichen Veränderungen mit sich brachte. Jetzt aber scheint alles auf dem Spiel zu stehen, und von der damit verbundenen Sekuritisierung zeugt der Ausdruck ‘Systemrelevanz’, der im Verlauf der Bankenkrise des öfteren bemüht wurde, um die Notwendigkeit der Stützung einzelner Banken durch staatliche Eingriffe und Aktienbeteiligungen zu unterstreichen. Der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat dies mehrfach mit der Formulierung unterstrichen, man habe in einen Abgrund geblickt, und insofern dient Krankheit im Bericht der BIZ doch als Metapher, als Metapher für eine existenzielle Gefährdung nämlich, die es gebietet, das nicht-pathologische Funktionieren dieser Ökonomie auf jeden Fall und mit allen Mitteln sicherzustellen. Was die Folgen wären, wenn dies misslänge, darüber schweigt sich die BIZ weitgehend aus. Nur ganz technizistisch klingt das an, etwa so: „Die Zinssätze mussten auf Rekordtiefstände gesenkt werden, um einen vollständigen Kollaps des Finanzsystems und der Realwirtschaft zu verhindern.“ (BIZ 2010, S. 40)⁵ Der Ausdruck ‘Kollaps’ verweist dabei noch ganz auf die Notaufnahme, von der schon die Rede war, und immerhin ist an dreizehn verschiedenen Stellen vom „Zusammenbruch“ die Rede, meist im

5 Das hat sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geändert, ein Indiz für das Andauern der Krise.

Zusammenhang mit Banken. Das ist insgesamt zwar nicht alarmistisch, aber eindeutig und unterstreicht die Ernsthaftigkeit der Krankheit, die hier vorliegt. Und dass es sich zwar um Ökonomie, aber dennoch nicht nur um ökonomische Sachverhalte handelt, unterstreicht der Ausdruck ‚Zusammenbruch‘, der wiederum eine somatische Parallele zieht und den völligen Ausfall aller Funktionszusammenhänge impliziert. Allerdings handelt es sich bei diesem Zusammenbruch tatsächlich um Insolvenzen und die Unfähigkeit, den eigenen Verbindlichkeiten nachzukommen, doch eine einfache ökonomische Terminologie genügt hier offenbar nicht: Sie klänge wohl zu sehr nach einem alltäglichen Geschehnis am Markt. Insolvent können gewöhnliche Unternehmen werden, für große Banken reicht das begrifflich nicht, zumal dann, wenn sie ‚too big to fail‘ sind.⁶

In der Arbeitssoziologie wird gerne von ‚Vermarktlichung‘ gesprochen, um die Erosion des bislang etablierten Normalarbeitsverhältnisses zu beschreiben: „In der nachfordistischen Ära wird [...] über die Rückkoppelung abhängiger Arbeit an Marktrisiken verhandelt.“ (Dörre 2001, S. 697). Darüber hinaus gilt eine solche Vermarktlichung aber auch innerbetrieblich durch interne Vertragsbeziehungen, interne Konkurrenzen zwischen unterschiedlichen Standorten, individuelle Zielvereinbarungen und die Anforderungen an ein unternehmerhaft gestaltetes Angestelltendasein.⁷ Eine solche Bindung an den Markt gilt für Banken in der Krise nun keineswegs, vielmehr ließe sich hier entsprechend von einer ‚Entmarktlichung‘ sprechen. Diese Entmarktlichung findet nicht nur sprachlich durch die Verwendung medizinischer Allegorien statt, sondern auch polit-ökonomisch, denn die Immobilienblase in den USA, die allem vorausging, ließe sich durchaus als ein Marktversagen begreifen – ein Ausdruck, den puristische Ökonomen selbstredend vermeiden –, während die im Gefolge eintretende Zahlungsunfähigkeit mancher Banken dann wieder als ein normales Funktionieren des Marktes aufzufassen wäre. Eben dieses normale Funktionieren wird aber, unter dem Stichwort der Systemrelevanz, staatlich abgeblockt, indem man Banken finanziell stützt oder gleich ganz übernimmt – eine Entmarktlichung im Sinne des Wortes, jedenfalls auf Zeit. Das ermöglicht den Beteiligten nicht nur ökonomisch, sondern zudem – und das ist möglicherweise von entscheidender Bedeutung – auch sozialpsychologisch, die Krise als eine kognitive Dissonanz zu verarbeiten und dann im wesentlichen so weiterzumachen wie vorher. Denn wenn der vorhergesagte Weltuntergang nicht

6 Der Final Report der FCIC scheut sich dagegen nicht, den Ausdruck ‚bankruptcy‘ zu verwenden. Einem politischen Bericht fällt es in diesem Zusammenhang offenbar leichter als einem ökonomischen, die Sachverhalte unverhüllt zu benennen.

7 Vgl. zu der sich daraus ergebenden Sozialität Bröckling (2007).

eintritt, dann entwertet das bekanntlich nicht die Richtigkeit der Vorhersage, sondern führt lediglich dazu, diese Vorhersage in einen veränderten Kontext zu stellen und mit rationalisierenden Argumenten abzustützen (Festinger et al. 1956). Zwar geht es im Falle der ökonomischen Krise nicht um die Vorhersage eines Ereignisses, sondern um die Erwartung eines Nicht-Ereignisses, nämlich den Glauben daran, dass eine solche Krise nicht eintreten könne, doch die folgende kognitive Dissonanz ist ähnlich und zeitigt vergleichbare Folgen. Auch Banker könnten so formulieren, wie es einer der enttäuschten, aber weiterhin überzeugten Gläubigen ausdrückt: „I can't afford to doubt. I have to believe.“ (ebd., S. 168) Während diese Sekte das Ausbleiben des erwarteten Weltuntergangs mit ihrer eigenen unbeirrten Glaubensfestigkeit erklären kann, die ein Vorbild für die Welt bildet und deswegen eine Absage des vorhergesagten Ereignisses ermöglicht hat, bleibt heutigen Krisenerklärern lediglich der Rückgriff auf eine Pathologisierung: Krankheit dient in diesem Falle als das rationalisierende Argument, das den Eintritt des Unerwarteten erklärt. Die Politik der Entmarktlichung – die Therapie dieser Krankheit – bewirkt dann nicht nur die ökonomische Möglichkeit, der Insolvenz zu entgehen, sondern scheint auch eben jene Verhaltensweisen, die zur Krise geführt haben, zu rechtfertigen, also jede weitere Reflektion über Ursachen und systemische Zusammenhänge zu erübrigen. Die unsichtbare Hand des Marktes wird dann gegen die sichtbare Hand des Staates ausgetauscht, aber ansonsten braucht sich nichts zu ändern. Der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, es finde momentan eine Art antikapitalistische Revolution statt.⁸ Doch handelt es sich, sieht man genau hin, doch weniger um Antikapitalismus als um eine pragmatische Rettung kapitalistisch organisierter Renditen, für die man allerdings einige kapitalistische Prinzipien über Bord wirft.

Mit welchen Summen diese Entmarktlichung die Staatshaushalte tatsächlich (über die vorübergehende Finanzierung von Beteiligungen und der Auslagerung in Bad Banks hinaus) belasten wird, lässt sich noch gar nicht abschätzen – prognostiziert wird für Bund und Länder eine mittlere zweistellige Milliardensumme,⁹ also in etwa die momentane Neuverschuldung des Bundes in einem Jahr; demzufolge steht zu erwarten, dass auch jene Steuerzahler, die noch nie die Westdeutsche Landesbank, die Hypo Real Estate oder eine der sonstigen deutschen Krisenbanken betreten haben und wahrscheinlich nicht einmal den Namen kennen, dafür zukünftig in Haf-

8 SZ 11.5.2011.

9 So Daniel Zimmer, der Vorsitzende des Expertenrates der Bundesregierung für den Ausstieg aus den Bankenbeteiligungen (ZEIT 9/2011).

tung genommen werden. Insgesamt hat sich seit 2007 die Verschuldung der OECD-Staaten im Durchschnitt nahezu verdoppelt¹⁰ – ein deutlicher Hinweis darauf, dass die gegenwärtige Staatsschuldenkrise und die damalige Bankenkrise kausal miteinander zusammenhängen. Eventuelle Kosten, die durch die Finanzkrise in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) anfallen könnten, sind dabei noch gar nicht eingerechnet – die bisherige Politik hat im Falle Griechenlands zwar eine Beteiligung der privaten Gläubiger durchgesetzt, zukünftige Risiken aber weitgehend dem Steuerzahler aufgebürdet. Andererseits allerdings sind die Kosten der Refinanzierung für die Bundesrepublik (die als sicherer Hafen gilt) auf Rekordtiefstände gesunken – im Juli 2012 versteigert der Bund eine zweijährige Schatzanweisung zu einem Effektivzins von minus 0,06 %, und Investoren bezahlen also sogar einen kleinen Aufschlag für das Privileg, der Bundesrepublik Geld leihen zu dürfen. Noch verdient die Bundesrepublik an der Krise, aber das kann sich gravierend ändern. Derweil treibt jede staatliche Rettungsaktion die Umschichtung der Schulden von Privaten auf die bürgenden EU-Staaten und somit auf die Gesamtheit der Steuerzahler voran – ebenfalls eine Entmarktlichung in großem Stil. So soll sich in den letzten beiden Jahren die Hälfte aller griechischen Verbindlichkeiten von privaten zu staatlichen Gläubigern verlagert haben.¹¹ Und wenn die Europäische Zentralbank dem Bankensystem insgesamt eine gute Billion Euro zur Verfügung stellt – ein Prozent Zinsen auf drei Jahre – dann ist das für diese nicht nur ein gutes Geschäft und eine Staatsfinanzierung durch die Hintertüre, sondern bewirkt zugleich eine völlige Entmarktlichung für jene Banken, die sich ohne das Füllhorn der EZB gar kein Kapital mehr besorgen könnten und derart vor dem Bankrott gerettet werden. (Dass es zudem auch den Ursprung der nächsten Blase bewirken und somit einen neuen Krisenzyklus einleiten könnte, steht auf einem anderen Blatt).

Dies alles unterstreicht die Bedeutung dessen, was Vogl (2010, S. 177) unter Rekurs auf die Luhmann'sche Unterscheidung von Risiken und Gefahren feststellt. Demnach haben „sich ökonomische Systemrisiken und kalkulierbare Schadensfälle für die Mehrzahl derjenigen, die in aller Abhängigkeit nichts zu entscheiden haben, in elementare Gefahren verwandelt.“ Wobei die Annahme, sie hätten nichts zu entscheiden, zwar in Bezug auf Banken, Staatsverschuldung und das politische Management ökonomischer Krisen unzweifelhaft richtig ist, in anderer Hinsicht jedoch falsch: Sie haben sehr wohl zu entscheiden, wie sie sich im Rahmen ihrer eigenen sozialen und ökonomischen Möglichkeiten durch ihre privaten Risiken hindurchkla-

10 FTD 21.10.2011.

11 SZ 29.9.2011.

vieren und auf welche Weise sie ihren Lebensunterhalt sichern. Man könnte geradezu vermuten, dass die verlangte Lebenskunst unter solchen Umständen darin besteht, Gefahren in Risiken zurückzuverwandeln (und sie dann sogar möglichst zu Chancen zu sublimieren). Denn, und das scheint eine der funktionalen Sinngebungen dieser Krise, es ließe sich durchaus behaupten, dass die Krise die fragile Balance zwischen Sicherheit einerseits, hier vor allem als soziale Sicherheit (*security*) und als Erwartungssicherheit (*certainty*) verstanden, und Prekarität andererseits stabilisiert.

3. Sicherheit und Prekarität

Sehr verkürzt und sehr pointiert gesagt, ist die Sicherheit der einen die Prekarität der anderen. Oder, mit einer Verbeugung vor Georg Büchner:¹² Friede den Bankzentralen, Verunsicherung den Vorstädten. Beider Lebensbedingungen und Problemlagen haben auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun und spielen in gänzlich unterschiedlichen Universen. Diese Universen existieren aber nicht unabhängig voneinander, sondern sind aufeinander bezogen und bedingen sich gegenseitig. Empirisch ist eindeutig, dass im letzten Jahrzehnt das Normalarbeitsverhältnis (als solches gilt ein sozialversicherter Vollzeitarbeitsplatz ohne Befristung) zunehmend erodiert ist; diese Erosionen – Praktika, befristete Verträge, Leiharbeit, Teilzeitstellen wider Willen, Expansion des Niedriglohnssektors – werden gemeinhin unter der Bezeichnung Prekarität zusammengefasst.¹³ Zwar sind noch ca. 60 % aller Arbeitsplätze nach diesem Modell des Normalarbeitsverhältnisses organisiert (bei etwa 2/3 der männlichen, aber nur ca. 50 % der weiblichen Beschäftigten), doch nimmt die Zahl solcher Beschäftigungsverhältnisse im Zeitvergleich kontinuierlich ab (IAB 2011), und ihre ‚Normalität‘ darf deswegen zunehmend fraglich erscheinen – ein Konzeptpapier von IBM zeichnet die angestrebte Zukunft, in der eine kleine Kernbelegschaft zur Pflege der Kundenbeziehungen einen festen Arbeitsplatz innehat, während in einer ‚Talent Cloud‘ freiberuflich Tätige in Auktionen um Beschäftigung in (befristeten) Projekten konkurrieren.¹⁴ Unverdrossen besteht allerdings das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung darauf, dass es sich beim klassischen Arbeitsverhältnis nicht um ein Auslaufmodell handele. Das

12 „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ (Der Hessische Landbote, 1834).

13 Aus der Flut einschlägiger Literatur seien hier nur der Band von Castel und Dörre (2009) und eine neuere Zusammenstellung von thematisch einschlägigen Aufsätzen von Castel (2011) erwähnt.

14 SPIEGEL 6/2012.

kann dahingestellt bleiben, immerhin darf man vermuten, dass diese Entwicklungen auch diejenigen, die einen traditional gesicherten Arbeitsplatz innehaben, nicht unberührt lassen und ihnen die Frage nahelegen, inwieweit sie sich auf momentane Sicherheiten verlassen können (vgl. Kraemer 2009). Insofern ist es vielleicht nicht gewagt, Prekarität als das funktionale Äquivalent einer industriellen Reservearmee aufzufassen. Dabei hat solche Prekarität sehr viele Gesichter, von der lustvoll wahrgenommenen Möglichkeit eines nach Inhalten und Zeiten jedenfalls manchmal selbst bestimmten Arbeitslebens (‘digitale Bohème’ und viele andere, als Eigentümer ihrer Produktivkraft Arbeitende) bis hin zur leisen Verzweiflung derjenigen, denen langfristige Sicherheit eine mentale Lebensvoraussetzung darstellt – immer aber befördert sie als Mechanismus die Flexibilität von Arbeits- und Produktionsverhältnissen und erzwingt zugleich eine intrinsische Motivation der Individuen, die im ökonomischen Verständnis weiterhin den Faktor Arbeit bilden. Als Arbeitskraftunternehmer (so die nachgerade klassische Bezeichnung, wie sie Voß und Pongratz 1998 entwickelt haben) sind die Individuen immer, welche konkreten Formen dies auch annimmt, angehalten, ihre Lebenswelt als Ressource zu nutzen und in marktförmig gestaltete Arbeit zu verwandeln. Damit gewährleisten sie eben jene Flexibilität und Fluidität des gesamten ökonomischen Systems und der zugrunde liegenden ‚liquid modernity‘ (Bauman 2000), die unter den Bedingungen eines etablierten Finanzmarktkapitalismus unabdingbar sind, in dem die Sicherung von Kapitalrenditen von weitaus größerer Bedeutung ist als die Sicherung sozialer Wohlfahrt.

Die neuen Freiheitsspielräume, die im günstigsten Fall unter solchen Bedingungen entstehen, sind ebenso wie das subjektive Gefühl mangelnder sozialer Integration, dass viele prekär Beschäftigte offenbar entwickeln (IAB 2011) sowohl ein Abfallprodukt wie die systemische Rückseite von sozio-ökonomischen Entwicklungen, die das Kapital strukturell gegenüber der Arbeit favorisieren.¹⁵ Das lässt sich nicht nur, wenngleich höchst signifikant, an der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ablesen (vgl. etwa die letzten verfügbaren Angaben des Statistischen Bundesamts et al. 2008). Eine solche Ungleichverteilung bildet vielmehr einen Indikator für die Funktionsweise des Finanzmarktkapitalismus; dieser leistet nämlich „einer Entwicklung Vorschub, die auf den verschiedenen Ebenen des ökonomischen Feldes darauf hinausläuft, dass eine finanzialisierte Markt- die Produktionsökonomie dominiert.“ (Dörre und Brinkmann 2005, S. 111; vgl. auch Heires und Nölke 2011) Auf solchen Finanz-

15 Das wird zudem abgestützt durch eine Ökonomie der Freiheit, die jederzeit auch Exklusionen unterschiedlicher Art einsetzen kann (vgl. Legnaro 2010).